

NIEDERSCHRIFT
ÜBER DIE 37. SITZUNG DES KREISAUSSCHUSSES
IN DER 10. WAHLPERIODE AM 03. APRIL 2017 IN BAD EMS

Es sind anwesend:

Vorsitzender:

Herr Landrat Frank Puchtler Oberneisen

Kreisbeigeordnete:

Frau Erste Kreisbeigeordnete Gisela Bertram Nievern
Herr Kreisbeigeordneter Horst Gerheim Obernhof
Herr Kreisbeigeordneter Karl Werner Jüngst..... Niederneisen

Mitglieder des Kreisausschusses bzw. deren Vertreter:

Herr Aslan Basibüyük Dachsenhausen *(bis einschl. II.4)*
Frau Monika Becker..... Winden *(bis 10.35 Uhr bei II.5)*
Herr Christoph Ferdinand **Lahnstein** *(bis einschl. II.5)*
Herr Werner Groß..... Lahnstein
Herr Bernd Hartmann Gemmerich *(bis einschl. II.4)*
Frau Gabriele Laschet-Einig Lahnstein *(bis einschl. III.1)*
Herr Matthias Lammert Diez
Herr Udo Rau Nassau
Herr Michael Schnatz Diez
Frau Rita Wolf..... Braubach

Es fehlen:

Herr Carsten Göller..... Eschbach
Herr Günter Groß Lahnstein
Herr Josef Winkler Bad Ems

Von der Verwaltung:

Herr Büroleiter Friedhelm Rücker
Herr stv. Büroleiter Thorsten Butzke
Herr Abteilungsleiter Bernd Menche
Herr Abteilungsleiter Dieter Petri *(öT)*
Frau Abteilungsleiterin Beate Mies *(III.2)*
Herr Abteilungsleiter Joachim Klein *(III.1.b, c)*
Herr Guido Wolf *(III.2)*
Herr Jürgen Pirrong *(II.4)*
Herr Lewentz, Personalrat
Herr Alexander Schmaglinski *(III.1.b,c)*
Herr Marco Feilen, Anwärter 3. Einstiegsamt *(III.1.b,c)*
Frau Laura Perabo, Anwärterin 3. Einstiegsamt *(III.1.b,c)*

Frau Saskia Heß, Anwärterin 3. Einstiegsamt (III.1.b,c)

Frau Angelina Schmidt, Anwärterin 3. Einstiegsamt (öT)

Schriftführerin:

Frau Anna Klein

Der **Vorsitzende** eröffnet um 08:36 Uhr die öffentliche Sitzung des Kreisausschusses. Er stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreisausschusses fest.

Hinsichtlich der mit Schreiben vom 24.03.2017 vorgelegten Tagesordnung werden keine Einwendungen bzw. Änderungswünsche vorgetragen, sodass die Tagesordnung wie folgt beschlossen wird:

I. Nichtöffentliche Sitzung:

1. Personalangelegenheit

II. Öffentliche Sitzung:

1. Genehmigung der Niederschrift
2. Auftragsvergaben;
 - a) Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe von Metall- und Verglasungsarbeiten am Schulzentrum Diez
 - b) Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe von Bauleistungen am Schulgebäude der Realschule plus/FOS im Einrich in Katzenelnbogen
 - c) Beratung und Beschlussfassung zur Vergabe von Bauleistungen zu Straßenbauarbeiten im Bereich der K 18 OD Ruppenrod
3. Sportförderung;
 - a) Beratung und Beschlussfassung über die Gewährung von Kreiszuschüssen für Baumaßnahmen an vereinseigenen Sportanlagen und für Sportplatzpflegegeräte
 - b) Gewährung einer Kreiszuwendung an den FSV Rot-Weiß Lahnstein e. V. zum Umbau eines Tennensportplatzes in einen Kunstrasenplatz
4. Integrationspauschale
5. Anträge und Anfragen der Kreistagsfraktionen und -mitglieder
6. Mitteilungen der Verwaltung, Verschiedenes

III. Nichtöffentliche Sitzung:

1. Personalangelegenheiten
2. Mitteilungen der Verwaltung; Verschiedenes

I. Nichtöffentliche Sitzung:

Punkt 1:

Personalangelegenheit

(...)

II. Öffentliche Sitzung:

Punkt 1:

Genehmigung der Niederschrift

Gegen die Niederschrift über die 36. Sitzung des Kreisausschusses in der 10. Wahlperiode am 06. März 2017 werden *keine* Einwendungen erhoben, so dass die Niederschrift einstimmig genehmigt wird.

Punkt 2:

Auftragsvergaben;

a) Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe von Metall- und Verglasungsarbeiten am Schulzentrum Diez

Der Kreisausschuss beschließt einstimmig die Vergabe der Bauleistungen (Metall- und Verglasungsarbeiten 3. BA) am Schulzentrum Diez an die Firma Noll GmbH aus Görgeshausen zum Bruttoangebotspreis von 283.556,03 €.

b) Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe von Bauleistungen am Schulgebäude der Realschule plus/ FOS im Einrich in Katzenelnbogen

Der Kreisausschuss beschließt einstimmig die Vergabe der Metall- und Verglasungsarbeiten am Schulgebäude der Realschule plus/ FOS im Einrich in Katzenelnbogen an die Firma Noll GmbH aus Görgeshausen zum Bruttoangebotspreis von 129.366,57 €.

c) Beratung und Beschlussfassung zur Vergabe von Bauleistungen zu Straßenbauarbeiten im Bereich der K 18 OD Ruppenrod

Herr **Hartmann** merkt an, dass die Angebote des erst- und zweitbesten Bieters weit auseinander lägen.

Herr **Petri** erläutert, dass die Preise tatsächlich höher ausgefallen seien, als ursprünglich kalkuliert worden sei. Dies liege in der derzeitigen Marktsituation begründet.

Der Kreisausschuss beschließt einstimmig die Vergabe der Straßenbauarbeiten im Bereich

der K 18 OD Ruppenrod an die Firma Eurovia Teerbau GmbH, NL Koblenz zur Angebotssumme in Höhe von 393.717,60 €.

Punkt 3:

Sportförderung;

a) Beratung und Beschlussfassung über die Gewährung von Kreiszuschüssen für Baumaßnahmen an vereinseigenen Sportanlagen und für Sportplatzpflegegeräte

Herr **Lammert** erkundigt sich hinsichtlich des Freibads Katzenelnbogen, ob hier nicht die Stadt Träger sei.

Herr **Menche** erläutert, dass die Maßnahme von der Verbandsgemeinde angemeldet worden sei. Letztlich sei dies allerdings erst bei der konkreten Antragsstellung maßgeblich.

Der Kreisausschuss beschließt einstimmig, gemäß der Beratung im Sportstättenbeirat, für das Jahr 2017 Zuwendungen im Kreisprogramm für die vorgeschlagenen Baumaßnahmen an Sportanlagen und für Sportplatzpflegegeräte gemäß der zur Sitzungsvorlage vom 23.03.2017 beigefügten Anlage zu bewilligen.

b) Gewährung einer Kreiszuwendung an den FSV Rot-Weiß Lahnstein e.V. zum Umbau eines Tennensportplatzes in einen Kunstrasenplatz

Der Kreisausschuss beschließt einstimmig, den Umbau eines Tennensportplatzes in einen Kunstrasenplatz des FSV Rot-Weiß Lahnstein e.V. mit einer Kreiszuwendung in Höhe von 40.000 € zu fördern. Die Bewilligung darf erst erfolgen, wenn der Förderbescheid des Landes vorliegt.

Punkt 4:

Integrationspauschale

Der **Vorsitzende** erläutert die Sitzungsvorlage. Er begrüßt Herrn Pirrong zu diesem Tagesordnungspunkt und bittet um weitere Ausführungen. Zwischenzeitlich hätten drei Sitzungen der Arbeitsgruppe „Empfehlungen zur Verwendung der Integrationspauschale im Rhein-Lahn-Kreis“ stattgefunden.

Herr **Pirrong** führt aus, es sei eine Arbeitsgruppe gebildet worden. Es seien Arbeitskreise geschaffen worden, die sich mit verschiedenen Themenbereichen bezüglich einer Verwendung beschäftigt hätten.

Der erste Arbeitskreis habe sich mit der Thematik der Sprachkurse befasst. Hier sei ein konkretes Angebotsprogramm erstellt worden. Träger und Koordinator solle die Kreisvolks-

hochschule sein. Hierfür beliefen sich die Kosten auf rund 670 T€ zuzüglich möglicher Kosten für Kinderbetreuung nach Bedarf sowie Fahrtkosten.

Der zweite Arbeitskreis habe sich mit der Frage von Fördermöglichkeiten ehrenamtlicher Aktivitäten in der Flüchtlingsarbeit beschäftigt. Eine Aufwandsentschädigung werde nicht empfohlen.

Ein weiterer Arbeitskreis habe sich mit dem Thema Bildung auseinandergesetzt. Hier seien thematische Schwerpunkte bezüglich möglicher Fördermöglichkeiten gesetzt worden. Er nennt hier interkulturelle Fachkräfte im Bereich der Schulen und Kindertagesstätten, der Bedarf müsse über das Land gedeckt werden. Zur Entwicklung von integrierten Angeboten zur sprachlichen und schulischen Förderung für den Bildungsbereich der über 18 Jährigen seien Land und Kreis für Organisation und Finanzierung zuständig. Hier sei eine Terminierung eines Gesprächs zur Abstimmung von Maßnahmen mit der Bundesagentur für Arbeit und dem Jobcenter erforderlich.

Der vierte Arbeitskreis habe sich mit Personal- und Sachkostenaufstockung beschäftigt. Der Personalaufwand decke bisher lediglich den Bedarf für die Erfüllung der gesetzlichen Pflichtaufgaben, bei der Betreuung/ Integration der Flüchtlinge sei ein höherer Aufwand notwendig.

Ein weiterer Arbeitskreis habe sich thematisch mit der Förderung interkultureller Kompetenz und Weiterbildung befasst. Hier seien Fördermöglichkeiten projektbezogen.

Hinsichtlich der Sprachkurse führt er aus, dass hier Kosten von rund 700 T€ entstehen. Bei einer hälftigen Verteilung der Mittel müsste die Finanzierung von Kommunen und Kreis sichergestellt sein. Eine Organisation der Kurse könne über die Kreisvolkshochschule erfolgen.

Frau **Wolf** führt an, dass Aufwandsentschädigungen außen vor gelassen werden sollten. Sie betont die Bedeutung der Sprachkurse und der Sprache als Schlüssel zur Integration. Sie werde der Variante zustimmen, dies über den Kreis laufen zu lassen.

Herr **Rau** merkt an, dass in der Verbandsgemeinde Sprachkurse für alle Gruppen angeboten würden. Er führt aus, dass in der Flüchtlingsarbeit bereits auch ein Aufwand entstanden sei, daher scheidet für ihn die erste Alternative mit einer Fondslösung über den Kreis in voller Höhe aus.

Er spreche sich für die 3. Variante und eine hälftige Aufteilung der Mittel aus. Von dem Anteil der Verbandsgemeinden würden auch die Ortsgemeinden beteiligt werden.

Herr **Lammert** schließt sich den Anmerkungen von Herrn Rau an. Er bedankt sich bei Herrn Pirrong für die gemachten Ausführungen. Er führt an, dass er die 3. Lösung für eine gerechte Lösung halte.

Frau **Becker** führt aus, dass sie die Ausführungen von Herrn Pirrong für sehr überzeugend halte. Es sei vernünftig, die Organisation von Sprachkursen auch beim Kreis anzusiedeln. Der Betrag für die Sprachkurse solle unabhängig von einer Aufteilungsvariante beim Kreis verbleiben. Sie betont hinsichtlich des Schreibens des Ministeriums und der dort angeführten Aufteilung, dass hier auch die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion bei einer abweichenden Mittelverwendung einzubeziehen sei.

Herr **Hartmann** spricht sich für eine Verteilung der Mittel auf Kreis und Verbandsgemeinden aus. Bei einer hälftigen Verteilung müssten sich die Verbandsgemeinden dann auch anteilig an den Kosten für die Sprachkurse beteiligen und entsprechende Mittel an den Kreis abgeben.

Herr **Basibüyük** schließt sich den Ausführungen von Herrn Hartmann an und spricht sich für eine hälftige Verteilung mit Kostenerstattung für die Sprachkurse aus.

Herr **W. Groß** merkt an, dass die Gelder vom Bund unabhängig von der Frage konkreter Projekte bereitgestellt worden seien. Er spricht sich für eine hälftige Verteilung der Mittel aus. In den Arbeitskreisen werde dann über eine konkrete Verwendung beraten.

Herr **Ferdinand** merkt an, dass er es für wichtig halte, dass entsprechende Kurangebote auch angenommen würden. Hier solle die Entwicklung zunächst eruiert werden. Im Bereich der Kindertagesstätten sehe er noch Handlungsbedarf.

Herr **Pirrong** erläutert, dass die Flüchtlinge vor Ort hinsichtlich der Zuordnung zu bisherigen Sprachkompetenzen erfasst werden sollen und dann mit der Kreisvolkshochschule Angebote koordiniert werden sollen. Er habe die Information, dass der Bedarf nicht gedeckt sei.

Er merkt an, dass mögliche Einzelabrechnungen der Kosten über die Kreisvolkshochschule einen erheblichen Verwaltungsaufwand darstellen würden.

Herr **W. Groß** führt an, dass die Akzeptanz solcher Kurse und der Bedarf nicht gleichzusetzen seien.

Frau **Laschet-Einig** betont die Bedeutung der Sprache für eine gelungene Integration. Sie spreche Herrn Pirrong in seiner Arbeit Vertrauen aus.

Herr **Rau** merkt an, dass man sich einig darüber sei, wie wichtig das Erlernen der Sprache für die Integration sei. Die Kosten für die Sprachkurse könnten auch bei einer hälftigen Verteilung der Mittel entsprechend abgerechnet werden. Es sollte auch eine genaue Abrechnung auf die einzelnen Verbandsgemeinden erfolgen.

Herr **W. Groß** führt ergänzend an, dass z. T. bereits auch Kosten für die Aufgaben entstanden seien.

Herr **Lammert** führt aus, dass auch auf Landesebene nicht von einem Verbleib der Mittel beim Kreis ausgegangen worden sei.

Die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion habe signalisiert, dass keine Beanstandung erfolge, wenn eine abweichende Verteilung der Mittel auf sachgerechten Erwägungen beruhe.

Frau **Wolf** spricht sich dafür aus, das Thema in den Fraktionen nochmals ausführlich zu beraten.

Der **Vorsitzende** sagt zu, dass eine entsprechende Vorlage für den Kreistag vorbereitet werde.

Herr **Basibüyük** bittet Herrn Pirrong um aktuelle Zahlen.

Herr **Rau** spricht sich dafür aus, dass ein Empfehlungsbeschluss für den Kreistag gefasst werden sollte.

Dieser Aussage schließt sich Herr **Lammert** an.

Frau **Laschet-Einig** merkt an, dass in der Fraktion darüber beraten worden sei, aber noch nicht mit den ergänzenden Informationen, die Herr Pirrong dargestellt habe.

Herr **Rücker** weist darauf hin, dass Ausschließungsgründe für die Bürgermeister vorliegen könnten.

Herr **Rau** führt an, dass dann auch Ausschließungsgründe für den Kreis und auch mögliche Ausschließungsgründe für Bürgermeister der Ortsgemeinden und Beigeordnete zu prüfen seien.

Herr **Lammert** ergänzt, dass sich der Sachverhalt hier wie bei der Abstimmung über den Umlagesatz im Rahmen des Haushaltsplanes verhalten könnte.

Der **Vorsitzende** betont, dass es nicht darum gehe, dass die Mittel beim Kreis verbleiben könnten.

Herr **Rau** merkt an, dass auch eine Teilnahme an der Beratung formell nicht ordnungsgemäß sei.

Herr **Hartmann** betont, dass ohnehin der Kreistag entscheiden müsse.

Herr **Rau** führt an, die Frage hinsichtlich möglicher Ausschließungsgründe sei zu klären. Zudem bittet er um Information, ob eine Entscheidung im Kreistag rechtsmittelfähig sei bzw. ob noch ein rechtsmittelfähiger Bescheid im Anschluss an eine Beschlussfassung ergehe.

Der **Vorsitzende** sagt zu, die offenen Fragen zu klären.

Die Mitglieder des Kreisausschusses nehmen die Informationen zur Kenntnis. Die Thematik wird dem Kreistag zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.

Punkt 5:

Anträge und Anfragen der Kreistagsfraktionen und -mitglieder

Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion – Technische Ausstattung der Kreisschulen

Der **Vorsitzende** nimmt Bezug auf die vorliegende Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion.

Zu Frage 1 führt er aus, dass aus dem im Haushalt 2016 veranschlagten „Sonderbudget – Interaktive Tafeln“ in Höhe von 30.000,00 € in 2016 insgesamt 7 interaktive Tafeln angeschafft worden seien

Im aktuellen Haushalt 2017 sowie für die Folgejahre (bis einschließlich 2020) seien erneut jeweils 30.000,00 € für die Beschaffung interaktiver Tafeln veranschlagt worden.

Zu Frage 2 erläutert er, dass derzeit keine Schule in Trägerschaft des Rhein-Lahn-Kreises über freien Zugang zu WLAN-Hotspots verfüge.

Am Sophie-Hedwig-Gymnasium in Diez sei im Rahmen eines Pilotprojektes im Sommer 2016 erstmals ein WLAN-Hotspot im Bereich der Bibliothek des Gymnasiums testweise eingerichtet worden. Ein freier Zugang bestehe jedoch auch hier nicht. Nutzer des Spots seien alle Schüler ab Klassenstufe 9. Der Internetzugang sei in der Bibliothek des Gymnasiums eingerichtet worden und solle auch auf diesen Bereich beschränkt bleiben.

Er gibt zu Frage 3 eine Übersicht zu den Verwaltungsanschlüssen. Er sagt zu, dass ein entsprechender Vermerk zur Beantwortung der Anfrage der Niederschrift als Anlage beigelegt werde (**Anlage**).

Zur Frage der weiteren Ausbaupläne führt er aus, dass es den Schulen offen stehe, Bedarfe anzumelden. Hier sei dann eine objektbezogene, individuelle Betrachtung erforderlich.

Zu den derzeit an den kreiseigenen Schulen bestehenden Kooperationen zur Nutzung digitaler Medien nennt er das Pilotprojekt zum frei verfügbaren WLAN am Sophie-Hedwig-Gymnasium sowie die Planung der Einführung einer „Tablet-Klasse“ am Marion-Dönhoff-Gymnasium Lahnstein. Auch an der IGS Nastätten plane man die Einführung einer Tablet-Klasse.

Es folgt eine kurze Aussprache bei der angeregt wird, dass die Verwaltung sich nach dem Stand der Fortbildung bei den Lehrkräften erkundigt.

Dies wird vom **Vorsitzenden** zugesagt.

Die Mitglieder des Kreisausschusses nehmen die Informationen zur Kenntnis.

Punkt 6:

Mitteilungen der Verwaltung; Verschiedenes

Der **Vorsitzende** informiert über die Verbandsversammlung REK. Der Werkausschuss werde entsprechend informiert.

Die Mitglieder des Kreisausschusses nehmen die Informationen zur Kenntnis.

Nachdem sich *kein* weiterer Beratungsbedarf ergibt, schließt der **Vorsitzende** die *öffentliche* Sitzung des Kreisausschusses und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

III. Nichtöffentliche Sitzung:

(...)

Nachdem sich kein weiterer Beratungsbedarf ergibt, schließt der **Vorsitzende** die 37. Sitzung des Kreisausschusses in der 10. Wahlperiode um 11.15 Uhr.

Der Vorsitzende:

gez.

(Frank Puchtler)
Landrat

Die Schriftführerin:

gez.

(Anna Klein)